



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der  
Europäischen Union

# EU-Wochenspiegel

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt

Ausgabe: 28/18 • 12.07.2018



## Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Leserinnen und Leser,

Am Dienstag hat die Taskforce für Subsidiarität, Verhältnismäßigkeit und „Weniger, aber effizienteres Handeln“ ihren Abschlussbericht vorgelegt. Darin wird u.a. eine neue Arbeitsweise empfohlen, mit der die lokalen, regionalen und nationalen Behörden bei der Politikgestaltung der Europäischen Union mehr Mitspracherecht erhalten sollen (weitere Informationen: [https://ec.europa.eu/germany/news/20180710-subsidiaritaet\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20180710-subsidiaritaet_de) . Der Taskforce, geleitet vom Ersten Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, gehört u.a. StS Dr. Schneider als eines von drei Mitgliedern des Ausschusses der Regionen an. Darüber hinaus sind drei Mitglieder nationaler Parlamente vertreten.

Am 12. und 13. Juli tagt erneut die von der EU-Kommission im Dezember 2017 ins Leben gerufene Plattform zur Unterstützung von Kohleregionen. Wirtschaftsstaatssekretär Dr. Jürgen Ude (Sachsen-Anhalt) wird im Rahmen der Sitzung Regionalstrategien aus Sachsen-Anhalt zur Unterstützung des Strukturwandels im Mitteldeutschen Revier vorstellen. Konkrete Projekte aus Sachsen-Anhalt werden durch die Mitteldeutsche Braunkohlengesellschaft mbH (MIBRAG) und das Fraunhofer-Institut für Mikrostruktur von Werkstoffen und Systemen (IMWS) in Halle vorgestellt.

Mit besten Grüßen

Dr. Henrike Franz  
Leiterin der Landesvertretung



**SACHSEN-ANHALT**

Vertretung bei der  
Europäischen Union

SACHSEN-ANHALT  
VERTEILUNG





# Inhaltsverzeichnis

|  |           |
|--|-----------|
| <b><u>Vorwort</u></b> .....  | <b>2</b>  |
| <b><u>Aus den Institutionen</u></b> .....  | <b>4</b>  |
| • Europäisches Parlament – Institutionelle Wahlkampagne "Dieses Mal wähle ich!"  |           |
| • Europäisches Parlament – Plenum gibt Beschlüsse zum Mobilitätspaket an den Ausschuss zurück  |           |
| • Europäisches Parlament – Urheberrechtsreform im September überarbeiten   |           |
| • Europäische Kommission - Vorläufige Schutzmaßnahmen für Stahl  |           |
| • Ausschuss der Regionen – 130. Plenartagung   |           |
| • EURO-Gedenkmünzen – Neuausgaben  |           |
| <b><u>Aus den Fachbereichen</u></b> .....  | <b>9</b>  |
| • Öffentliche Konsultation: Soll die Sommerzeit beibehalten werden?  |           |
| • Aufbau des Europäischen Reiseinformations- und -genehmigungssystems (ETIAS) kann starten   |           |
| • Klarstellung - EU-Japan-Abkommen führt nicht zu Wasserprivatisierung   |           |
| • Strengere Regeln im Kampf gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung treten in Kraft   |           |
| <b><u>Was, wann, wo</u></b> .....  | <b>12</b> |
| • Gemeinsame Agrarpolitik nach 2020 – Bundes- und Länder – Agrarministerinnen und Agrarminister im Gespräch mit Vertretern der EU-Kommission |           |
| • Der Umzug ins neue NATO-Hauptquartier ist vollzogen  |           |
| <b><u>Ausschreibungen</u></b> .....  | <b>14</b> |
| • Europäische Kommission – Nationaler Sachverständiger gesucht   |           |
| <b><u>Kontaktbörse</u></b> .....   | <b>15</b> |
| • Europäische Projekte – Diverse Partnergesuche  |           |
| <b><u>Büro intern / Tipp</u></b> .....   | <b>18</b> |
| • Tipp - Wissen Sie, wie viele Kostümierungen „Manneken Pis“ besitzt?  |           |
| • GOEUROPE - Quizfragen  |           |
| <b><u>Ihr Kontakt zu uns</u></b> .....   | <b>21</b> |
| <b><u>Impressum</u></b> .....  | <b>22</b> |



## Aus den Institutionen

[Zurück zur Übersicht](#)

### Europäisches Parlament – Institutionelle Wahlkampagne "Dieses Mal wähle ich!"



Das Europäische Parlament hat am 1. Juni dieses Jahres seine institutionelle Wahlkampagne "Dieses Mal wähle ich!" <https://www.thistimeimvoting.eu/de> gestartet. Zentraler Punkt dieser Kampagne ist es, junge "Kampagnenhelfer" überall in Europa zu gewinnen, die aktiv werden um ihre Freunde, Kollegen



und Verwandten davon zu überzeugen wählen zu gehen – sei es durch das Teilen von social media posts, sei es durch "echte" lokale Aktionen, wo sie leben.

• eag Quelle: Rundmail AA vom 6. Juli 2018

### Europäisches Parlament – Plenum gibt Beschlüsse zum Mobilitätspaket an den Ausschuss zurück

In einer Abstimmung am 4. Juli hat das Plenum die Beschlüsse des Verkehrsausschusses zur Aktualisierung der Vorschriften für die Ruhezeiten von Fernfahrern, die Kabotage und die Entsendung von Fahrern abgelehnt und im Einklang mit [Artikel 59 \(4\)](#) der Geschäftsordnung des Parlaments zur weiteren Prüfung an den Ausschuss verwiesen.



Die Vorschläge zur Entsendung von Kraftfahrern, Ruhezeiten und Zulassung zum Beruf des Kraftverkehrsunternehmers sowie zum Güterkraftverkehrsmarkt in der vom Parlament geänderten Fassung sind Teil des von der EU-Kommission im Mai 2017 vorgelegten „[Mobilitätspakets](#)“. • eag Quelle: PM EP

Diese Pressemitteilung online mit weiterführenden Links und Informationen: [Link](#)

### Europäisches Parlament – Urheberrechtsreform im September überarbeiten



Die Abgeordneten haben den Vorschlag des Rechtsausschusses zur Aufnahme von Verhandlungen zur Reform des Urheberrechts für das digitale Zeitalter abgelehnt.

Mit 318 Stimmen gegen 278, bei 31 Enthaltungen, sprach sich das Parlament dafür aus, das vom Rechtsausschuss am 20. Juni vorgeschlagene Verhandlungsmandat abzulehnen. Daher





wird der Standpunkt des Parlaments nun auf der nächsten Plenartagung im September diskutiert, abgeändert und abgestimmt.

Die [Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments](#) sieht vor, dass, wenn mindestens 10% der Abgeordneten (76) die Aufnahme von Verhandlungen mit dem Rat auf der Grundlage des im Ausschuss verabschiedeten Textes ablehnen, eine Abstimmung im Plenum stattfindet. Bis zum Ablauf der Frist hatte die erforderliche Anzahl von Abgeordneten Einspruch eingelegt.

• eag Quelle: PM EP

Diese Pressemitteilung online mit weiterführenden Links und Informationen: [Link](#)

## Europäische Kommission - Vorläufige Schutzmaßnahmen für Stahl

Am 5. Juli hat die Kommission den EU-Mitgliedsstaaten vorgeschlagen, vorläufige Schutzmaßnahmen für Stahl in Form eines Zollkontingents einzuführen. Infolge der 25 Prozent Einfuhrzölle auf Stahl, die von den Vereinigten Staaten am 23. März verhängt wurden, haben Lieferanten begonnen, einen Teil ihrer Ausfuhren in die EU umzuleiten. Daher hält die Kommission vorläufige Schutzmaßnahmen für gerechtfertigt.

Durch die Maßnahmen soll eine Zunahme der Einfuhren vermieden werden, die den Stahlproduzenten in der EU, welche bereits an globalem Überkapazitäten leiden, zusätzliche wirtschaftliche Probleme bereiten würde.

Die vorläufigen Schutzmaßnahmen werden traditionelle Handelsströme respektieren. Zusätzliche Zölle werden erst erhoben, wenn das Zollkontingent, basierend auf den traditionellen Einfuhren, erreicht ist.

Dies soll die negativen Auswirkungen der Handelsumlenkung verhindern, gleichzeitig aber das traditionelle Angebot und den wirksamen Wettbewerb auf dem EU-Markt erhalten. Vorläufige Maßnahmen können für einen Zeitraum von maximal 200 Tagen bestehen bleiben.

Angesichts der breiten Unterstützung der Mitgliedstaaten wird die Kommission die Arbeit fortsetzen und den Entwurf des Durchführungsgesetzes noch in diesem Monat annehmen und veröffentlichen. Alle Parteien werden Gelegenheit erhalten, Stellung zu nehmen. Die Kommission wird ihre endgültigen Schlussfolgerungen spätestens Anfang 2019 vorlegen.

• eag Quelle: PM KOM

Weitere Informationen:

Schutzmaßnahmen für Stahl [Link](#)

US-Sonderzölle für Stahl und Aluminium aus der EU [Link](#)

Informationen zu den Handelsbeziehungen zwischen der EU und den USA [Link](#)

Informationen zur den Handelsschutzmaßnahmen der EU [Link](#)



## Ausschuss der Regionen – 130. Plenartagung

Am 04./05. Juli 2018 fand in Brüssel die 130. Plenartagung des Ausschusses der Regionen (AdR) im Europäischen Parlament statt.

Bei der Verabschiedung von Stellungnahmen machte Berichterstatter **Sören Herbst**, Mitglied im Stadtrat von Magdeburg und stellvertretendes Mitglied im AdR, sogleich den Anfang: „Ziele der Östlichen Partnerschaft für 2020 und der Beitrag der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften“, so der Titel seiner Stellungnahme. Herbst stellte gleich zu Beginn dar, dass die Europäische Union ihre östlichen Nachbarn brauche: „Wer meint, heutzutage alleine handeln zu können, der irrt.“ So müsse man bei der Frage zur Zukunft der EU auch über die Zukunft der östlichen Nachbarn sprechen. Dort fehle es noch an einem starken Mittelstand, die kommunale Selbstverwaltung müsse ausgebaut



und der Erfahrungsaustausch intensiviert werden. Gefordert werden hier unter anderem ein Hospitanz-Programm für Mitarbeiter aus kommunalen und regionalen Behörden sowie der Aufbau von langfristigen Städtepartnerschaften. Für die Durchführung solcher Maßnahmen unterstützen die Mitglieder des AdR die Forderung nach ausreichend Mitteln für die Städte und Regionen. „Nur so könne eine intensivere Zusammenarbeit mit unseren östlichen Nachbarn langfristig erfolgen und auch die EU zukünftig davon profitieren, so Herbst.

**Juliane Bogner-Strauß**, Bundesministerin für Frauen, Familien und Jugend im Bundeskanzleramt Österreichs, stellte anschließend die Prioritäten des österreichischen EU-Ratsvorsitzes vor. Die EU befände sich in einer anspruchsvollen Phase in Hinblick auf den internationalen Wettbewerb, Klimawandel und Migration. Gemeinsames Handeln sei daher wichtiger als je zuvor. Dies gelte auch für die Herstellung von Vertrauen in die Institutionen der EU sowie der Mitgliedstaaten untereinander. Das Motto des EU-Ratsvorsitzes laute daher „Europa das schützt“. Schwerpunkte der kommenden sechs Monate seien (1) Sicherheit und Kampf gegen illegale Migration, (2) Reformen und Maßnahmen zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit, sowie (3) Stabilität in der Nachbarschaft. Zudem skizzierte Bogner-Strauß die laufenden Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) und zum Brexit.

Staatssekretär Dr. **Michael Schneider** zeigte sich in der anschließenden Debatte zuversichtlich, dass Österreich als brückenbildende Nation dies auch zwischen den europäischen Institutionen und den Mitgliedstaaten anstrengen werde. Als Mitglied der Task Force für „Subsidiarität und





Verhältnismäßigkeit“ begrüße er stellvertretend für den AdR die Überlegungen der österreichischen Ratspräsidentschaft in Sachen Subsidiarität. Konsequenterweise führe diese in den Regionen und bei den Bürgerinnen und Bürgern zu mehr Glaubwürdigkeit und Akzeptanz der EU: „Der Verwaltungsaufwand müsse abgespeckt und die Zentralisierung in den Mitgliedstaaten vermieden werden“, so Schneider. Er hoffe, dass es gelingen werde, die Verhandlungen zum künftigen MFR noch vor den Europawahlen im Mai 2019 abzuschließen. Der AdR sei jedenfalls bereit, hierbei seinen Beitrag und für den Erfolg der österreichischen Ratspräsidentschaft zu leisten.


Auf der Plenartagung standen insgesamt elf Stellungnahmen zur Verabschiedung durch die politischen Entscheidungsträger der lokalen und regionalen Ebene an, u.a. zur EU-Städteagenda, zur gesunden Ernährung, zur Reform der Wirtschafts- und Währungsunion sowie zur Verwirklichung emissionsarmer Mobilität. • *as*

Fotos: European Union / Fred Guerdin / Patrick Mascart

## EURO-Gedenkmünzen – Neuausgaben

Im Amtsblatt C 234 vom 5 Juli 2018 [Link](#) wird auf die Herausgabe neuer nationaler Euro-Umlaufmünzen hingewiesen.

Euro-Umlaufmünzen haben im gesamten Euro-Währungsgebiet den Status eines gesetzlichen Zahlungsmittels. Zur Information der Fachkreise und der breiten Öffentlichkeit veröffentlichte die Kommission eine Beschreibung der Gestaltungsmerkmale aller neuen Euro-Münzen. Gemäß den Schlussfolgerungen des Rates vom 10. Februar 2009 ist es den Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets sowie Ländern, die aufgrund eines Währungsabkommens mit der Europäischen Union Euro-Münzen ausgeben dürfen, unter bestimmten Bedingungen gestattet, für den Umlauf bestimmte Euro-Gedenkmünzen auszugeben. Dabei darf es sich ausschließlich um 2-Euro-Münzen handeln. Die Gedenkmünzen weisen die gleichen technischen Merkmale auf wie die üblichen 2-Euro-Münzen, sind jedoch auf der nationalen Seite mit einem national oder europaweit besonders symbolträchtigen Gedenkmotiv versehen. • *eag Quelle Amtsblatt*  
Folgende neue Münzen wurden vorgestellt:

| Münze   | Ausgabestaat und Anlass | Ausgabedatum             |
|---|-------------------------|--------------------------|
|  | Lettland<br><br>Zemgale | Zweites Halbjahr<br>2018 |



|   |  |                                  |
|---|--|----------------------------------|
|  | <p>Portugal</p> <p>250 Jahre Botanischer Garten Ajuda<br/>(„Jardim Botânico da Ajuda“)</p> | <p>Zweites Halbjahr<br/>2018</p> |
|  | <p>Portugal</p> <p>250 Jahre Nationale Druckerei („Imprensa<br/>Nacional“)</p>             | <p>Zweites Halbjahr<br/>2018</p> |





## Aus den Fachbereichen

[Zurück zur Übersicht](#)

### Öffentliche Konsultation: Soll die Sommerzeit beibehalten werden?

Die Europäische Kommission hat eine öffentliche Konsultation zur [EU-Sommerzeitregelung](#) eingeleitet und fordert Bürgerinnen und Bürger der EU und Interessengruppen auf, ihre



Ansichten zur Zeitumstellung in einem [Online-Fragebogen](#) zu äußern. Die Konsultation dient dem Zweck zu evaluieren, ob die Sommerzeit für alle Mitgliedstaaten unverändert bleibt oder ob sie für die gesamte EU abgeschafft wird. Die Konsultation läuft bis zum 16. August.

Diese Konsultation ist Teil einer Überprüfung der EU-Sommerzeitrichtlinie, die die Kommission kürzlich eingeleitet hat, um zu bewerten, ob die Vorschriften geändert werden sollten oder nicht. Dies folgt auf die [Abstimmung des Europäischen Parlaments](#) über eine Entschließung zur Sommerzeit im Februar 2018 sowie auf Forderungen von Bürgern und bestimmten EU-Mitgliedstaaten.

• *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Die öffentliche Konsultation zur Sommerzeitregelung [Link](#)

Die Entschließung des Europäischen Parlaments zur Zeitumstellung [Link](#)

### Aufbau des Europäischen Reiseinformations- und -genehmigungssystems (ETIAS) kann starten

Das von der Kommission vorgeschlagene Europäische Reiseinformations- und -genehmigungssystem (ETIAS) für die Kontrolle von visumsfreien Einreisenden in den Schengen-Raum kann aufgebaut werden. Das Europäische Parlament hat am 5. Juli der Einrichtung von ETIAS und der Stärkung des Mandats von eu-LISA, der EU-Agentur für IT-Großsysteme im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, endgültig zugestimmt.



Bei der ETIAS-Genehmigung handelt es sich nicht um ein Visum. Sobald das System betriebsbereit ist, wird es bei Reisenden, die ohne Visum in den Schengen-Raum einreisen dürfen, eine Vorabüberprüfung auf Sicherheits- und Migrationsrisiken durchführen. Bei der Ankunft an den EU-Grenzen müssen Reisende sowohl ein gültiges Reisedokument als auch eine ETIAS-Genehmigung besitzen.

eu-LISA, die Agentur für das Betriebsmanagement von IT-Großsystemen im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, wird aufgerüstet und erhält so die Kapazitäten und die Instrumente, die sie für das zentralisierte Betriebsmanagement der EU-Informationssysteme für Migration, Sicherheit und Grenzmanagement benötigt.

Die Legislativvorschläge für ETIAS und eu-LISA, die die Kommission im [November 2016](#) bzw. im [Juni 2017](#) vorgelegt hatte, wurden in der [Gemeinsamen Erklärung](#) über die gesetzgeberischen Prioritäten der EU für den Zeitraum 2018-2019 als politische Prioritäten eingestuft.



Die beiden genehmigten Texte müssen nun endgültig vom Rat verabschiedet werden. Anschließend werden der Präsident des Europäischen Parlaments und der turnusmäßig wechselnde Ratsvorsitz mit ihren Unterschriften die Texte in Recht umsetzen.

Die Verordnungen treten 20 Tage nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union (EUR-Lex) in Kraft, sodass eu-LISA den Aufbau des Europäischen Reiseinformations- und -genehmigungssystems (ETIAS) einleiten und diese neuen Informationssysteme bis Ende 2021 betriebsbereit machen kann. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Pressemitteilung: Sicherheitsunion: Kommission begrüßt Annahme des Europäischen Reiseinformations- und -genehmigungssystems (ETIAS) und die Stärkung der Agentur eu-LISA durch das Europäische Parlament [Link](#)

## Klarstellung - EU-Japan-Abkommen führt nicht zu Wasserprivatisierung

Entgegen anderslautender Behauptungen führt das Wirtschaftspartnerschaftsabkommen der EU mit Japan nicht zu einer Deregulierung und Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen wie der Wasser- und Abwasserversorgung. Das Vorrecht der Behörden der Mitgliedstaaten der EU, öffentliche Dienstleistungen in der öffentlichen Hand zu belassen, bleibt erhalten und keine Regierung wird zur Privatisierung oder Deregulierung öffentlicher Dienstleistungen auf nationaler oder lokaler Ebene gezwungen. Deutschland kann wie alle anderen EU-Mitgliedstaaten auch weiterhin frei über den Schutz und Erhalt seiner Wasservorkommen entscheiden. Der Vorbehalt ist klar im EU-Japan-Abkommen geregelt ([Anhang II, Vorbehalt Nr. 15](#)).

Kein EU-Freihandelsabkommen – auch nicht das Wirtschaftspartnerschaftsabkommen der EU mit Japan – zwingt nationale Regierungen zu einer Privatisierung oder Deregulierung von öffentlichen Dienstleistungen. Die Behörden der Mitgliedstaaten behalten außerdem das Recht, privat erbrachte Dienstleistungen wieder zu verstaatlichen. So werden die Menschen in Europa nach wie vor selbst darüber entscheiden, wie etwa Dienstleistungen in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Wasserversorgung erbracht werden sollen.

Das EU-Japan-Abkommen bietet ebenso wie das EU-Kanada-Abkommen (CETA) ein hohes Schutzniveau für öffentliche Dienstleistungen wie der Wasserversorgung. Beide Abkommen sehen entsprechende Vorbehalte beim Marktzugang für den grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr vor.

Kein Handels- und Wirtschaftsabkommen der EU ist identisch, sondern ist auf den jeweiligen Partner zugeschnitten. Auch wenn die Texte der verschiedenen Abkommen nicht die exakt gleichen Artikel und Formulierungen enthalten, so basiert auch das Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit Japan auf dem seit langem praktiziertem Ansatz der EU zum Schutz öffentlicher Dienstleistungen in internationalen Abkommen. Die EU hat dies im Rahmen der WTO (GATS) und in allen ihren Handelsabkommen so praktiziert.

*Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Europäische Kommission schlägt Unterzeichnung und Abschluss der Abkommen mit Japan und Singapur vor [Link](#)

Zentrale Elemente des Wirtschaftspartnerschaftsabkommens zwischen der EU und Japan [Link](#)

Wortlaut des Abkommens [Link](#)



## Strengere Regeln im Kampf gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung treten in Kraft



Am 9. Juli ist die Fünfte Richtlinie zur Bekämpfung von Geldwäsche nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der EU in Kraft getreten. Die neuen Vorschriften, die von der Kommission im Juli 2016 vorgeschlagen wurden, schaffen mehr Transparenz in Bezug auf die tatsächlichen Eigentümer von Unternehmen und gehen gegen die Terrorismusfinanzierung vor.

Die neuen Vorschriften sehen strengere Transparenzanforderungen vor. Darunter fällt ein uneingeschränkter Zugang der Öffentlichkeit zu den Registern wirtschaftlicher Eigentümer über Unternehmen, mehr Transparenz in den Registern wirtschaftlicher Eigentümer von Trusts und die Verknüpfung dieser Register.

Des Weiteren wird der Gebrauch von anonymen Zahlungen mit Prepaid-Karten im Rahmen der Vorschriften zur Bekämpfung der Geldwäsche bekämpft. Dies schließt Plattformen für den Austausch virtueller Währungen mit ein. Die Anforderungen an die Überprüfung von Kunden werden ausgeweitet und die Kontrollen in Hochrisikoländern verstärkt. Darüber hinaus erfordert die neue Richtlinie weitere Befugnisse für und stärkere Zusammenarbeit zwischen den nationalen Zentralstellen für Verdachtsanzeigen.

Durch die Fünfte Richtlinie zur Bekämpfung der Geldwäsche werden auch die Zusammenarbeit und der Informationsaustausch zwischen den Aufsichtsbehörden für Geldwäsche und anderen Aufsichtsbehörden, auch der Europäischen Zentralbank, verbessert.

Die Juncker-Kommission hat die Bekämpfung der Geldwäsche und des Terrorismus zu einer ihrer Prioritäten gemacht. Dieser Vorschlag war die erste Initiative des Aktionsplans zur Intensivierung des Kampfes gegen die Terrorismusfinanzierung nach verschiedenen Terroranschlägen. Er ist Teil eines umfassenderen Konzepts zur Förderung der Steuertransparenz und zur Bekämpfung des Steuermisbrauchs im Anschluss an die Enthüllungen der Panama Papers. Die Mitgliedstaaten müssen diese neuen Vorschriften vor dem 10. Januar 2020 in nationales Recht umsetzen.

Im Kampf gegen Terrorismus bedarf es einer entschlossenen, koordinierten Antwort der EU. Der Aktionsplan für ein intensiveres Vorgehen gegen Terrorismusbekämpfung baut auf einschlägige EU-Vorschriften auf und ergänzt sie wo erforderlich.

Der Aktionsplan hat zwei Handlungsschwerpunkte:

- Terroristen sollen anhand von Geldbewegungen aufgespürt und daran gehindert werden, Gelder und andere Vermögenswerte zu verschieben;
  - die Einnahmequellen terroristischer Organisationen sollen ausgetrocknet werden, indem ihre Fähigkeit, an Geld zu kommen, beschnitten wird.
- *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Daily News vom 9. Juli 2018 [Link](#)

Fünfte Richtlinie zur Geldwäschebekämpfung [Link](#)

Informationen zur Vierten Richtlinie zur Geldwäschebekämpfung [Link](#)

Der Aktionsplan für ein intensiveres Vorgehen gegen Terrorismusbekämpfung [Link](#)

Europäische Sicherheitsagenda [Link](#)



## Was, wann, wo

[Zurück zur Übersicht](#)

### **Gemeinsame Agrarpolitik nach 2020 – Bundes- und Länder – Agrarministerinnen und Agrarminister im Gespräch mit Vertretern der EU-Kommission**

Am 10. Juli 2018 führten die Agrarministerinnen und Agrarminister des Bundes und der Länder in Brüssel ein Gespräch mit den EU-Kommissaren Günther Oettinger und Phil Hogan zum Mehrjährigen Finanzrahmen sowie zur Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2020. Die Ministerinnen und Minister, unter Ihnen auch Sachsen-Anhalts Agrarministerin Prof. Dr. Claudia Dalbert, sprachen eine breite Palette von Themen an. U. a. forderten sie auch für die Zukunft einen stabilen EU-Agrarhaushalt, um den steigenden Auflagen für die landwirtschaftlichen Betriebe und der Unterstützung des ländlichen Raums gerecht werden zu können. Kommissar Oettinger warb erneut für eine Erhöhung der nationalen Beiträge zum EU-Haushalt. Nur diese erlaube der Kommission, die an sie gesetzten Anforderungen auch im Hinblick auf die Finanzierung neuer Aufgaben zu erfüllen. Die Länder sprachen auch das Thema der unzureichenden Vorgaben der EU-Kommission für die Implementierung von Ökoleistungen (Eco-schemes) in der ersten und zweiten Säule an. Auf die geäußerte Kritik zur fehlenden Vereinfachung verwies Kommissar Hogan auf detaillierte Erläuterungen dazu im nächsten Agrarrat. Bund und Länder ihrerseits kündigten an, der EU-Kommission konkrete Vereinfachungsvorschläge zu unterbreiten. *ms*

12

### **Der Umzug ins neue NATO-Hauptquartier ist vollzogen**

Beim Nato-Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs im Mai 2017 übergab der belgische Staat feierlich das neue Hauptquartier des Bündnisses der NATO. Der Einzug aller NATO-Mitarbeiter in „das neue Heim für eine moderne Allianz“, wie NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg den Neubau nannte, ist inzwischen abgeschlossen.

Der futuristisch anmutende Neubau, der vom internationalen Architekturbüro Skidmore, Owings & Merrill LLP (SOM) und seinem belgischen Partner ASSAR Architects entworfen wurde, befindet sich direkt gegenüber dem alten Hauptquartier am Brüsseler Boulevard Leopold III.

Das Gebäude besteht aus acht langen und vier kurzen Gebäudeflügeln, die versetzt entlang einer zentralen Achse angeordnet sind. Von oben betrachtet erinnern sie an ineinander verschränkte Finger. Dies soll den Architekten zufolge die transatlantische Einheit und Zusammenarbeit symbolisieren.



Der Bau auf einer Fläche von 41 Hektar bietet mit einer Bürofläche von 245.000 Quadratmetern 4.000 Mitarbeitern und Diplomaten Platz und beherbergt ein hochsicheres Rechenzentrum, Büro- und Konferenzräume, Sportanlagen für die NATO-Mitarbeiter, Restaurants und Shops.





1999 wurde von offizieller Seite entschieden, ein neues NATO-Hauptquartier zu errichten. Das alte Gebäude war zu klein geworden, denn seit der Gründung der Organisation im Jahr 1949 ist die NATO von ursprünglich 12 auf mittlerweile 29 Mitglieder angewachsen.

• *eag Quelle: Nachbar Belgien Juni 2018*

Weitere Informationen finden Sie unter: <http://www.nato.int/>

In dieser Woche findet wieder ein NATO-Gipfel statt.



# Ausschreibungen

[Zurück zur Übersicht](#)

## Europäische Kommission – Nationaler Sachverständiger gesucht

Die Generaldirektion Kommunikation / Direktorat D - Ressourcen / Referat D.1 – Haushalt, Rechnungswesen und Evaluierung sucht einen nationalen Sachverständigen.

Gewünschter Dienstantritt ist da 1. Quartal 2019. Der Abordnungszeitraum beträgt 2 Jahre.

Referatsleiterin ist Frau Sonja ZIEMER [Sonja.ZIEMER@ec.europa.eu](mailto:Sonja.ZIEMER@ec.europa.eu) Tel.: +32 2 29 90748

Die Stelle wird wie folgt beschrieben:

Als Team verantwortlich für die Evaluierung von Kommunikations-Produkten, - Dienstleistungen und -Maßnahmen in der Generaldirektion Kommunikation suchen wir einen Nationalen Sachverständigen, der/die das Team unterstützt beim Management eines Evaluierungs-Rahmenvertrages, bei der Implementierung verschiedener, konkreter Evaluierungsprojekte (definiert im jährlichen Management Plan der Generaldirektion) sowie bei internen Kommunikationsaktivitäten, die sich an die Kommunikations-Referate aller Generaldirektionen richten.

Unter der Aufsicht eines Beamten soll der Nationale Sachverständige eine Reihe von Aufgaben übernehmenden und sich einbringen, unter anderem durch:

- Beitrag zu von Evaluierungs-Projekten, -Prozessen und Informationsmaterial (Evaluierung von Kommunikationsaktivitäten zu Europäischen Politiken, Programmen und anderen Politik-Instrumenten)
- Beratung und Unterstützung, Expertenwissen und Entwicklung / Konzeptionierung von Fortbildungsmaßnahmen bezüglich Evaluierungs-Prozessen, -Methoden und - Techniken bei der Evaluierung von Kommunikations-Aktivitäten.
- Mitarbeit bei der Entwicklung von sogenannten "Intervention logics", der Definition von Evaluierung- Fragen und -Kriterien, Technischen Spezifikationen im Rahmen von Vergabeverfahren für individuelle Evaluierung-Projekte, Hintergrund-Recherchen und praktische Leitlinien zur Umsetzung von Evaluierungs-Projekten.
- Konzeptionierung und Verbreitung von / Informationsmaterial zu Evaluierung Empfehlungen, Monitoring und Follow-up von Evaluierungs-Empfehlungen und Einspeisung derselben in den strategischen Planungsprozess der Generaldirektion
- Durchführung anderer Aufgaben mit Bezug zu Evaluierung von Kommunikationsaktivitäten je nach Bedarf.

14

Die Bewerberinnen und Bewerber senden ihren Lebenslauf im Europass-Format <http://europass.cedefop.europa.eu/de/documents/curriculum-vitae> auf deutsch, englisch od. französisch ausschließlich an die Ständige Vertretung / diplomatische Mission ihres Landes bei der EU. Diese leitet die Bewerbungen innerhalb der Fristen für das Auswahlverfahren an die zuständigen Kommissionsdienststellen weiter.

**Bewerbungsfrist ist der 25. September.**

Auskunft erteilt: Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der EU

Frau Plagenz,

Tel.: ++32-2-787.10.39

E-Mail: [anja.plagenz@diplo.de](mailto:anja.plagenz@diplo.de) / [pol-eu2-30-eu@brue.diplo.de](mailto:pol-eu2-30-eu@brue.diplo.de)

• *eag Quelle: Rundmail KOM vom 5. Juli 2018*



# Kontaktbörse

[Zurück zur Übersicht](#)

## Europäische Projekte - Diverse Partnergesuche



Die Partnergesuche wurden erstellt von Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt

Mehr Kooperationsprofile finden Sie in der EEN-Datenbank [Link](#)

Wir stehen Unternehmen zur Seite

| Programm<br>Profiltyp<br>Land  | Kontakt und Details  | Kurzbeschreibung / Stichworte  |
|--|--|--|
| <b>Eurostars</b><br><br>Enterprise Europe Network Datenbank<br><br>Schweiz | Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt<br>E-Mail: <a href="mailto:eenpost@tti-md.de">eenpost@tti-md.de</a> | <p><b>KMU mit Expertise in der Entwicklung von Medizin-/Rehabilitations-/Unterhaltungsgeräten als Koordinator gesucht!</b></p> <p><b>Deadline für Interessenbekundungen 30. Juli!</b></p> <p>The aim of the EUROSTARS proposal is to develop devices and applications to assess, monitor and promote the motoric and cognitive abilities in children and youth. Particular attention is on children with neuro developmental disorders. The Swiss university is seeking an R&amp;D performing SME project coordinator already involved in the EU rehabilitation, medical or entertainment devices market, interested in opening new applications to promote youth healthy development for a research cooperation.</p> <p>Nähere Informationen:<br/> <a href="https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/af130122-40ed-4988-849f-c0377f3ff4ee">https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/af130122-40ed-4988-849f-c0377f3ff4ee</a><br/>           Referenznummer: RDCH20180705001</p> |
| <b>Technologiegesuch</b><br><br>Enterprise Europe                          | Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt<br>E-Mail: <a href="mailto:eenpost@tti-md.de">eenpost@tti-md.de</a> | <p><b>Umkehrosmosetechnologie angetrieben durch erneuerbare Energie</b></p> <p>A Dutch governmental organisation is looking for a proven reversed osmosis technology driven by renewable sources for</p>   |



|   |   |  |
|---|---|--|
| <p>Network Datenbank</p> <p>Niederlande</p>   |   | <p>application in the Caribbean territories of the Netherlands.</p> <p>The organisation is looking for technology options for a feasibility study for application of the technology for irrigation and cattle water production. Based on the results of this study, and selection of the technology (supplier) a commercial agreement with technical assistance is strived for.</p> <p>Nähere Informationen:<br/> <a href="https://een.ec.europa.eu/tools/PRO/Profile/Detail/ba0ac1b6-8d21-4c05-99f3-13e64876df4f">https://een.ec.europa.eu/tools/PRO/Profile/Detail/ba0ac1b6-8d21-4c05-99f3-13e64876df4f</a><br/> Referenznummer: TRNL20170914001</p>   |
| <p><b>Technologieg esuch</b></p> <p>Enterprise Europe Network Datenbank</p> <p>Großbritannien</p> | <p>Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt<br/> E-Mail: <a href="mailto:eenpost@tti-md.de">eenpost@tti-md.de</a></p> | <p><b>Technologie gesucht zur Energierückgewinnung aus Abgasen</b></p> <p>A multinational shipping enterprise with a registered base in Scotland (UK) is seeking novel, cost-effective approaches to recover energy from the exhaust gases of ship engines and to transform it into more useful energy such as electricity to supply hotel loads on board the ship. The Scottish company is looking for partnerships via a commercial agreement with technical assistance or a technical cooperation agreement. The company is especially interested in technologies that are near to market.</p> <p>Nähere Informationen:<br/> <a href="https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/61f3c3e2-12f6-476d-ae5e-2c5724207edd">https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/61f3c3e2-12f6-476d-ae5e-2c5724207edd</a><br/> Referenznummer: TRUK20170814001</p> |
| <p><b>Forschungsko operation</b></p> <p>Enterprise Europe Network Datenbank</p> <p>Spanien</p>    | <p>Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt<br/> E-Mail: <a href="mailto:eenpost@tti-md.de">eenpost@tti-md.de</a></p> | <p><b>KMU Instrument Phase II: Stromversorger oder Energienetzbetreiber werden gesucht für eine Energieeffizienzinformationsplattform</b></p> <p>A Spanish company working in energy efficiency is preparing a project proposal for SME Instrument Phase II. The objective of the project is to develop a Big Data solution to provide relevant information both to energy consumers, who will have a better</p>   |





|  |  |   |
|--|--|---|
|  |  | <p>understanding of invoices and will receive recommendations for energy efficiency, and to utilities, that will better understand their clients' needs. Energy producers and distributors are sought to act as test cases in the project.</p> <p>Nähere Informationen:<br/><a href="https://een.ec.europa.eu/tools/PRO/Profile/Detail/15383ed7-2898-4c82-8222-9a784300ab10">https://een.ec.europa.eu/tools/PRO/Profile/Detail/15383ed7-2898-4c82-8222-9a784300ab10</a><br/>Referenznummer: RDES20180705001</p> |
|--|--|---|



## Büro intern / Tipp

[Zurück zur Übersicht](#)

### Tipp - Wissen Sie, wie viele Kostümierungen „Manneken Pis“ besitzt?

Ende Mai erhielt das beliebte Brüsseler Wahrzeichen „Manneken Pis“ sein tausendstes Kostüm. Der Modemacher Jean-Paul Lespagnard hat es für ihn als Hommage an das Atomium, das dieses Jahr seinen 60. Geburtstag feiert, geschneidert.



Die 58 Zentimeter große, bronzene Brunnenfigur, die einen pinkelnden Knaben darstellt, wurde 1619 vom Bildhauer Jérôme (Hieronymus) Duquesnoy im Auftrag der Brüsseler Stadtverwaltung erschaffen. Die Tradition, „Manneken Pis“ zu verkleiden, gibt es schon

seit mehr als 400 Jahren. Die erste Quelle für die Geschichte der Verkleidung ist ein Gemälde von Denis van Alsloot aus dem Jahr 1615. Hier ist der Bub als Hirte verkleidet zu erkennen.

Die erste schriftliche Erwähnung vom „Manneken Pis“ datiert aus dem Jahr 1698. Damals hatte der Kurfürst Max Emanuel von Bayern, der im Auftrag der Habsburger in die damaligen Spanischen Niederlande gekommen war, dem nackten Knaben eine blau-weiße Tracht verpasst, aus Freude darüber, beim einem Wettbewerb gewonnen zu haben. Das Kostüm gibt es leider nicht mehr.

Die älteste Verkleidung, die erhalten geblieben ist, schenkte König Ludwig XV. von Frankreich. Er ließ den Brüsseler Jungen 1747 als Edelmann einkleiden.

Seitdem gab es regelmäßig wechselnde Kostümierungen für die Brunnenfigur, 1756 wies man ihr sogar einen eigenen Schneider zu. Noch heute gibt es einen Stadtangestellten, der den Auftrag hat, „Manneken Pis“ zu allen möglichen Anlässen zu verkleiden. An etwa 130 Tagen im Jahr ist dies der Fall. Jährlich kommen 20 bis 30 neue Kostüme zu der Sammlung hinzu.

Am häufigsten trägt „Manneken Pis“ Nationaltrachten, die als diplomatische Gastgeschenke überreicht werden. Doch der Knabe war z. B. auch schon als Arzt, Polizist, Cowboy und als Mode-Ikone in einem Outfit, das der französische Designer Jean-Paul Gaultier für ihn schneiderte, zu sehen und in den vergangenen Tagen anlässlich der Fußballweltmeisterschaft selbstverständlich auch im Trikot der belgischen Nationalspieler, der Roten Teufel.

Seit Februar 2017 hat „Manneken Pis“ ein eigenes Museum: „Garderobe Manneken Pis“. Es befindet sich unweit von seinem Standort an der Stoofstraat/Rue de l'Étuve Ecke Eikstraat/Rue du Chêne. Hier werden mehr als 120 seiner Kostüme ausgestellt und man erfährt auch einige der Legenden über ihn. Einer zufolge soll der Bub im Mittelalter Brüssel vor einem Brand bewahrt haben, indem er mit seinem Urinstrahl eine von Belagerern geworfene brennende Fackel löschte. • *eag Quelle: Nachbar Belgien Juni 2018*



Weitere Informationen finden sie unter: <http://www.mannekenpis.brussels/>

Am 18. Juni 1997 hat Manneken Pis mit der Inventarisierungsnummer 619 ein Kostüm von der Stadt Schönebeck in Sachsen-Anhalt überreicht bekommen. [Link](#)



## GOEUROPE! die Jugendberatungsstelle



GOEUROPE! Europäisches Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt ist die Jugendberatungsstelle für Fragen zu europäischen Mobilitätsprogrammen sowie in der Vermittlung europäischer Themen und

Kompetenzen an junge Menschen in Sachsen-Anhalt.

Gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt Transnational“ hat sich das Europäische Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt zum Ziel gesetzt, die beruflichen Chancen und die Beschäftigungsfähigkeit junger Sachsen-Anhalter durch die Vermittlung europäischer Kompetenzen zu steigern.

In Trägerschaft des DRK Landesverbandes Sachsen-Anhalt e.V. wird GOEUROPE! gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt transnational“.



**Deutsches  
Rotes  
Kreuz**

Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.

Viel Spaß beim Lösen der GOEUROPE! Quizfragen dieser Woche:

Wer nun eines der 15000 InterRail-Tickets der Europäischen Kommission ergattern konnte oder einfach nur in den Ferien mit dem Rucksack durch Europa zieht, steht trotzdem vor der Frage: Wo kann ich übernachten? Hotels sind teuer und die Herbergen überfüllt, also Campen. Doch mittlerweile sind Campingplätze fast genauso teuer wie Herbergen oder einfache Hotels. Die Alternative: Wildcampen. Doch Vorsicht, in einigen Ländern kann das richtig teuer werden.

19

### Frage 1

In welchen Ländern sollte wildes Campen lieber unterlassen werden?

- a) Finnland, Schweden und Norwegen
- b) Litauen, Estland und Lettland
- c) Ungarn, Portugal, Tschechien und Slowakei

### Frage 2

Was ist das Jedermannsrecht?

- a) Eine alte Regelung aus der Schweiz, nach der das eigene Zelt mit jedem geteilt werden muss, der Schutz vor Regen oder Unwetter sucht.
- b) Ein uraltes schwedisches Gesetz, nachdem Land zwar von einer Person besessen und betreut werden kann, jedoch immer allen Menschen zur Verfügung stehen muss.
- c) Ein weit verbreiteter Irrtum der besagt, dass Mundraub von Reisenden auf Wochenmärkten oder in Supermärkten nicht bestraft werden kann.

### Frage 3

Was ist Biwaken?

- a) Eine Übernachtung in der Natur ohne Zelt
- b) Die Übernachtung in einem Notlager (meist in den Bergen)
- c) Das Übernachten in einem Feldlager beim Militär



#### Antwort 1

c) In Ungarn, Portugal, Tschechien und der Slowakei gelten sehr strenge Regelungen für wildes Campen und es werden hohe Strafen angedroht. Selbst das Übernachten in einem Caravan oder Wohnwagen für eine Nacht auf Parkplätzen oder Raststätten (was im übrigen Europa kein Problem darstellt) ist in diesen Ländern verboten. Ganz anders in Skandinavien oder im Baltikum. Hier gilt: wo es nicht explizit verboten ist, darf gezeltet werden!

#### Antwort 2

b) Das „Jedermannsrecht“ stammt aus Schweden und findet in Skandinavien bei vielen Rucksack-Touristen seine praktische Anwendung. Es darf nicht nur auf öffentlichem Land (sogar für mehrere Tage) gezeltet werden, auch auf Privatbesitz ist dies möglich (außerhalb der Sichtweite von Privathäusern).

#### Antwort 3

a)b)c) Stammend vom Französischem „bevouac“ (Feldlager, Nachtlager) wird ein Biwak oder Biwaken, als eine Übernachtung im Freien angesehen, welche behelfsmäßig errichtet wird oder als Notlager dient (im Schlafsack, mit oder ohne schützende Plane). Anders als das Zelten, ist die einmalige Übernachtung in der freien Natur ohne Zelt in den meisten Ländern Europas erlaubt.





# Ihr Kontakt zu uns

[Zurück zur Übersicht](#)

Unsere Anschrift

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt  
bei der Europäischen Union  
80, Boulevard Saint Michel  
B – 1040 Brüssel  
Belgien

E-Mail-Adresse

[sekretariat@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de](mailto:sekretariat@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de)

Telefon (Sekretariat)

+32 2 741 09 31

Telefon (direkt)

+32 2 741 09 – Durchwahl

Fax

+ 32 2 741 09 39

## Ihre Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner

| Name                            | Fachbereiche und Themen  |  |  |
|---------------------------------|--|--|--|
| Dr. Henrike Franz (HF)          | Leiterin des Büros, Grundsatzangelegenheiten der EU  | ...30  | <a href="#">E-Mail</a>   |
| Carmen Johannsen (Jo)           | Stellvertretende Leiterin, Presse u. ÖA, Medien, Haushalt, Veranstaltungen                 | ...33  | <a href="#">E-Mail</a>   |
| Dr. Margarete Schwarz (MS)      | Landwirtschaft, Umwelt   | ...12  | <a href="#">E-Mail</a>   |
| Martina Lehnart (ML)            | Justiz und Innenpolitik  | ...18  | <a href="#">E-Mail</a>   |
| Daniel Wentzlaff (DW)           | Digitale Agenda, Energie, KMU, Cluster- und Industriepolitik, Tourismus, Standortmarketing | ...19  | <a href="#">E-Mail</a>   |
| David Fenner (DF)               | Innovation, Forschung, Beihilfen und Vergabe, Regionalpolitik                              | ...10  | <a href="#">E-Mail</a>   |
| Andreas Schweitzer (AS)         | Ausschuss der Regionen, Demografie, EU-Förderprogramme, Verkehr                            | ...38  | <a href="#">E-Mail</a>   |
| Elke Andrea Große (EAG)         | Redaktion EU-Wochenspiegel, Veranstaltungen  | ...32  | <a href="#">E-mail</a>   |
| Doris Bergner (DB)              | Verwaltung, Veranstaltungen  | ...36  | <a href="#">E-Mail</a>   |
| Beatrice Herrmanns-Wagner (BHW) | Assistenz der Leiterin und Sekretariat, Besucherbetreuung                                  | ...31  | <a href="#">E-Mail</a>   |
| Asli-Feyza Kursun (AFK)         | Praktikantin   | ...22  | <a href="#">E-Mail</a>   |
| Simon Wessels (SW)              | Praktikant   | ...22  | <a href="#">E-Mail</a>   |

[Zurück zur Übersicht](#)



**SACHSEN-ANHALT**

Vertretung bei der  
Europäischen Union

## Impressum

### Herausgeber

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der  
Europäischen Union  
Boulevard Saint Michel 80, 1040 Brüssel

### Verantwortliche Redakteurin

Elke Andrea Große

### Fotos

Elke Andrea Große, sofern nicht anders angegeben  
oder Quelle: Internet

### Layout

Patrick Karwath

Die Artikel sind mit Namenskürzeln versehen.

Dieser Newsletter wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Sachsen-Anhalt herausgegeben. Er darf weder von Parteien noch von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf dieser Newsletter nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.

